



Die längste Zeit der dokumentierten Geschichte gab es Imperien. Das akkadische Imperium war vor 4300 Jahren das erste, das britische mit der Herrschaft über ein Viertel der Erde das grösste, das römisch-byzantinische mit fast zwei Jahrtausenden das dauerhafteste.

Imperien basieren auf Macht und Eroberung. Erodiert die militärische und ökonomische Basis des Gründers, lösen sie sich schnell auf – meist in Kriegen, selten friedlich. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es noch sechzehn Imperien auf der Erde. An seinem Ende waren fast alle zerfallen, darunter das osmanische, das österreichisch-ungarische, das japanische, das britische und das französische. «Die Erde ist übersät mit den Ruinen der Reiche, die einst glaubten, ewig zu sein», hatte der englische Schriftsteller Percy Bysshe Shelley im frühen 19. Jahrhundert geschrieben. 1991 fand der Satz mit dem Ende der Sowjetunion seine finale Bestätigung.

Ein kurzer Flirt

Imperium war nie gleich Imperium. Es gab zentralisierte und dezentralisierte, regionale und globale, brutale und wohlwollende. Wie sie ausgestaltet sind, hängt massgeblich von der Regierungsform und den Werten ihres Begründers ab. Ist das Zentrum despotisch und gewalttätig nach innen, wird es sich auch nach aussen so verhalten. Russland und China bestätigen dieses Gesetz. Putins heimischem Absolutismus entspricht die erbarmungslose Kriegführung gegen die Ukraine, die das imperiale Joch abschütteln will. Und Chinas totalitäre Kommunistische Partei setzt auf Zwangsassimilation bis hin zum Genozid an den um kulturelle Eigenständigkeit ringenden Uiguren.

Auch die USA haben eine imperiale Tradition. Auch ihr Imperium spiegelte die Werte seiner tragenden Elite. Zunächst absorbierte die junge Nation im 19. Jahrhundert einen grossen Teil des nördlichen Amerika. Angetrieben wurde dieser Expansionismus von der Ideologie des «Manifest Destiny», also dem Sendungsbewusstsein, Freiheit und Zivilisation bis an die Pazifikküste zu tragen. Durch wenig zimperliche Kriege gegen Indianer und Mexikaner, aber vor allem durch Landkäufe von Frankreich, Mexiko und Russland wuchs die Nation um das 27-Fache.

Danach wandte sich das vor Kraft strotzende Land in seiner zweiten Imperiumsphase nach aussen. 1898 übernahm es nach dem militärischen Sieg über Spanien dessen Kolonien. Puerto Rico, die Philippinen und Guam gingen in die Hände der USA über, Kuba wurde de facto zum Protektorat; in Zentralamerika intervenierte das Land nach Belieben. Der Flirt mit klassischem Imperialismus währte jedoch nicht lange. Geboren in einem Unabhängigkeitskrieg gegen das britische Empire, blieb den USA die Rolle des Kolonisators wesensfremd. Ab den 1920er Jahren liquidierten sie ihr physisches Imperium in Lateinamerika, 1946 entliessen sie die Philippinen in die Freiheit. Nur Guam und Puerto Rico gehören bis heute zum Staatsverband. Beide entschieden sich in Volksabstimmungen gegen die Unabhängigkeit.

Und den USA gelang im und nach dem Zweiten Weltkrieg etwas, woran alle anderen Imperien scheiterten: ihr Reich durch eine Werte- und Sicherheitsgemeinschaft zu ersetzen. An die Stelle von Eroberung und Kontrolle fremder Länder trat deren freiwilliger Eintritt in die amerikanische Friedens- und Wohlstandszone. Deren Charakter unterscheidet sich diametral von den Reichen ihrer Vorgänger und Konkurrenten: aufgrund der Staatsform, der gemeinsamen Institutionen und der geografischen Lage.

Die amerikanische Demokratie erwies sich als äusserst attraktiv für Nationen, die gerade der totalitären Barbarei der Achsenmächte entkom-

Sind die USA auch nur ein Imperium?

Den Vereinigten Staaten von Amerika ist es gelungen, ihren Machtanspruch in eine Werte- und Sicherheitsgemeinschaft einzubetten und so globalen Einfluss zu gewinnen.

Das Imperiale widerspricht ihrer politischen DNA.

Gastkommentar von Stephan Bierling

Es ist ein historisches Novum: Noch nie hat sich eine Grossmacht freiwillig in ein so dichtes institutionelles Netz mit ihren Partnern begeben.

men waren und nicht in eine neue sowjetische geraten wollten. Heute, da Moskau und Peking der Demokratie den Garaus zu machen versuchen, rücken viele Staaten erneut an die Seite der USA. Ihr demokratisches System garantiert Berechenbarkeit, Vertragstreue und Transparenz über die Pläne der Regierenden – und all das suchen kleine Länder angesichts grosser Bedrohungen.

Die älteste Demokratie der Erde gewährt ihnen nicht zuletzt deshalb ein erstaunliches Mass an Mitsprache, weil ihre Politiker innenpolitisch in einer Tradition des Kompromisses sozialisiert wurden. Das zeigen Einrichtungen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds, Nato und Welthandelsorganisation (WTO). Zwar schreiben sie die herausragende Stellung der USA fest, aber gleichzeitig betten sie deren Macht durch Regeln und Verfahren sozialverträglich ein. Bei der WTO nutzen Mitglieder das Schiedsgericht sogar, Washington zum Einhalten von Vereinbarungen zu zwingen. Das ist ein historisches Novum: Noch nie hat sich eine Grossmacht freiwillig in ein so dichtes institutionelles Netz mit ihren Partnern begeben.

Überhaupt «Partner»: Ein solches Konzept war und ist Imperien fremd, sie hielten sich Kolonien, Vasallen und tributpflichtige Abhängige. Und wer wie sie nur den Hammer gewaltsamer Unterdrückung in seinem Werkzeugkasten hat, dem erscheint jedes Problem im Inneren und im Äusseren wie ein Nagel. Die USA hingegen verfügen über ein breites Arsenal an Einflussmöglichkeiten, darunter die Anziehungskraft ihrer Kultur. Nicht umsonst schicken Xi Jinping, russische Silowiki und afrikanische Diktatoren ihre Kinder zum Studium dorthin. Direkten militärischen Zwang hingegen gab es nie in der amerikanischen Werte- und Sicherheitszone. Ein Beispiel: Als Frankreich 1966 aus der Nato ausscherte, belies es Washington bei heiligem Zorn gegenüber dem undankbaren, zwanzig Jahre zuvor durch US-Truppen von Nazideutschland befreiten Land und verlegte das Hauptquartier der Allianz von Paris nach Brüssel.

Imperien hingegen gingen nie so feinfühlig um mit unsicheren Kantonisten. Athen löschte im 5. Jahrhundert vor Christus die Bewohner der Insel Melos aus, die sich im Peloponnesischen Krieg Athens mit Sparta neutral verhalten wollten. Und als der Reformler Imre Nagy Ungarn 1956 aus dem

Warschauer Pakt führte, reagierte Moskau mit aller imperialen Härte: Die Rote Armee marschierte ein, tötete 2500 Widerstandskämpfer, richtete den Regierungschef hin und zwang das Land zurück in sein düsteres Reich.

Man mag in den vergangenen Jahren Zweifel an der Vitalität der amerikanischen Demokratie sowie an der Bereitschaft des Landes zu institutioneller Selbstdomestizierung bekommen haben. Donald Trumps autoritäre Instinkte, sein Putschversuch vom 6. Januar 2021 und sein Kampf gegen internationale Einrichtungen und Abkommen verunsicherten die Partner. Dass sich trotzdem so viele Staaten weiterhin freiwillig und begierig unter die Fittiche Washingtons begeben, hat mit einem dritten Faktor zu tun: der geografischen Lage der USA, denn sie ist im Gegensatz zu Werten und Institutionen unverrückbar.

Alle Stifter von grossen Reichen waren ihren Opfern und Rivalen physisch nahe, bedrohten diese oder wurden von ihnen bedroht. Die USA haben den Vorteil, «nicht von dieser Welt» zu sein: Sie liegen nicht in Eurasien wie alle anderen historischen und gegenwärtigen Imperien, sondern hinter zwei Ozeanen und Tausende Kilometer entfernt von Europa, Ostasien und dem Mittleren Osten. Das macht sie viel weniger gefährlich als Mächte vor der eigenen Haustür, deren Armeen die Nachbarn jederzeit überfallen können.

Sich Washington anzuschliessen im Abwehrkampf gegen den russischen und den chinesischen Imperialismus, ist deshalb für viele bedrohte Nationen heute geopolitisch die attraktivste Option. Nicht umsonst drängen so unterschiedliche Staaten wie Finnland und Schweden, die Ukraine und Georgien, Vietnam und die Philippinen an die Seite der USA. Werte, Institutionen und Geografie mildern also Ängste, dass Amerika seine turmhohe militärische und ökonomische Überlegenheit nutzt, um kleinere Nationen zu unterwerfen. Ausserdem stellt es als einziges Land das zur Verfügung, was Politologen «kollektive Güter» nennen und was viele Staaten suchen: Sicherheitsgarantien, offene Märkte und Organisationsmacht.

Wie einst die Römer

Einer der treffendsten und komischsten Dialoge der Filmgeschichte verdeutlicht dies. In «Das Leben des Brian» trifft sich eine jüdische Rebellen-Gruppe zu Beginn der christlichen Zeitrechnung, um gegen die römischen Besatzer zu wettern. Reg, ihr Anführer, gespielt von John Cleese, stellt die rhetorisch gemeinte Frage: «Was haben die Römer uns je gegeben?» Worauf nach einem Moment der Stille ein Mitverschwörer ruft: «das Aquädukt», ein anderer: «die Strassen», bis sich eine Kaskade von römischen Errungenschaften ergiesst.

Am Ende bleibt Reg nur zu sagen: «Also gut. Mal abgesehen von der Medizin, den sanitären Einrichtungen, dem Schulwesen, dem Wein, der öffentlichen Ordnung, der Bewässerung, den Strassen, der Wasseraufbereitung und den allgemeinen Krankenkassen, was, frage ich euch, was haben die Römer je für uns getan?» «Den Frieden gebracht», ruft ein weiterer. Und Reg schimpft konsterniert: «Ach, Frieden? Halt die Klappe!»

Würde Reg heute fragen: «Was haben die Amerikaner uns je gegeben?», müssten die Antworten ähnlich ausfallen. Ohne sie stünde Putins Soldateska in Kiew, hätte Peking das Südchinesische Meer vollends annektiert, wäre Europa ein sicherheitspolitischer Hühnerhaufen, müssten wir ohne iPhone und Netflix leben. Die USA werden nicht immer geliebt, aber sie bieten so viel mehr als ihre imperialistischen Rivalen.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg.